

12.09.2009

## „Kohle und Offshore sind absolut nicht vereinbar“

**Zeitungsbericht der Emdener Zeitung  
von Jens Voitel**



(Vor der Diskussion ein Besuch bei BARD von

*links: der Emdener Ratsherr Bernd Renken, der Bundestagsabgeordnete Thilo Hoppe, BARD-Geschäftsführer Heiko Roß und der Bremer Umweltsenator Dr. Reinhard Loske; EZ-Bild Wilken)*  
Die zwei konkurrierenden Energiemodelle Kohlekraft und Offshore-Windkraft passen einfach nicht zusammen. „Sie sind absolut nicht vereinbar“, sagte am Donnerstagabend der grüne Umweltsenator des Landes Bremen, Dr. Reinhard Loske, während eines Besuchs in Emden. Damit stellt er sich deutlich gegen den Standpunkt seines Kollegen, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), der nach Einschätzung des Grünen offenbar beide Energieformen für zukunftsfähig hält. Dagegen forderte Loske auf einer Veranstaltung der Emdener Grünen im Forum der Emdener Volkshochschule vor nur 26 Zuhörern ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energieformen.

Die Frage, ob damit in Zukunft aber auch eine Vollversorgung in Deutschland möglich sei, beantwortete er ebenfalls mit einem klaren Ja, obwohl die Forschung in diesem Bereich noch intensiviert werden müsse, so der Senator. „Die Herausforderung ist, bis spätestens 2050 den Ausstieg aus den fossilen Energien zu schaffen“, so der Bremer Politiker. Anders sei der weltweit immer schneller fortschreitende Klimawandel nicht mehr aufzuhalten. Die Gefahr, die durch neue Kohlekraftwerke entstehe, liege darin, dass die Vorrangspeisung von Strom, beispielsweise aus der Windkraft, zugunsten der Kohlekraftwerke aufgegeben wird. Und dies nur, weil neue Kohlekraftwerke mindestens 40 Jahre arbeiten müssten, um in die Gewinnzone zu kommen. Sein Fazit: „Es stimmt nicht, was Gabriel sagt, dass beides geht.“

Loske hat es leicht, sich gegen Kohlekraftwerke auszusprechen, hat doch sein Bundesland gerade den Bau eines 1000 Megawatt-Kraftwerkes an der Weser wenn auch nicht verhindern – zumindest aber vermeiden können. Auch darauf ging der Senator, der seit 2007 Mitglied der rot-grünen Regierungskoalition ist, in seinem kurzen Referat ein. „Es gab im Kern vier Argumente gegen ein Kohlekraftwerk in Bremen“, sagte Loske.

Zum einen hätten sich die veranschlagten Baukosten während der Planungsphase von geschätzten 800 Millionen Euro auf 1,3 Milliarden Euro erhöht. Zum anderen hätte der Investor – die Bremer Stadtwerke – im Rahmen des Emissionshandels für den Ausstoß von jährlich fünf Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> rund 100 Millionen Euro zahlen müssen, was nicht ohne Folgen für die Stromkosten geblieben wäre. Ein dritter Grund, der nach Angaben des Bremer Umweltsenators zum Aus für die Kohlekraftpläne in Bremen geführt hat, ist der Widerstand der Bevölkerung. 7000 Kunden der Bremer Stadtwerke hatten bereits damit gedroht, den Stromlieferanten zu wechseln, sollten die Stadtwerke tatsächlich ein Kohlekraftwerk bauen. „Das hat schon Auswirkungen auf ein Unternehmen, das auch von seinem Image lebt“, sagte Loske. Der vierte Grund, der in Bremen ein Kohlekraftwerk verhindert hat, war ein politischer. Loske:

„Wer ein neues Kohlekraftwerk genehmigt, legt sich energiepolitisch für 40 Jahre fest.“

Während der nicht ganz zweistündigen Veranstaltung im Emdener VHS-Forum nutzte das Publikum auch die Gelegenheit, um mit dem Umweltsenator zu diskutieren. Irritiert waren die Veranstalter zuvor allerdings schon über die aus ihrer Sicht insgesamt geringe Resonanz. Zwar waren auch Vertreter der Bürgerinitiative „Saubere Luft Ostfriesland“ vertreten, die Grünen hatten aber offenbar fest damit gerechnet, dass das Thema Kohle mehr Bürger zu der Veranstaltung mit einem grünen Umweltminister bewegen würde.